

§ 53 Abs. 4 GG
an die Abgeordneten verteilt

ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig, Kogler, Lichtenecker, Freundinnen und Freunde

betreffend Maßnahmen zur raschen Belebung der Konjunktur

eingebracht im Zuge der Debatte über ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Finanzierung von Aufgaben der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mit beschränkter Haftung und das Bundesgesetz über die Refinanzierung von Tätigkeiten der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mit beschränkter Haftung erlassen und mit dem das Austria Wirtschaftsservice-Gesetz, das Garantiegesetz 1977, das KMU-Förderungsgesetz, das Einkommenssteuergesetz 1988 und das Bundesgesetz, mit dem die Begründung weiterer Vorbelastungen durch den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie genehmigt wird, geändert werden (Konjunkturbelebungsgesetz 2008 - KBG 2008)

Die USA und der Euro-Raum befinden sich seit einigen Monaten in einer Phase der Wirtschaftsabschwächung. Zusätzlich werden die Auswirkungen der Finanzkrise auf die reale Wirtschaft immer deutlicher spürbar. Die Wachstumsprognosen für die genannten Wirtschaftsräume wurden zuletzt deutlich nach unten revidiert. Eine Rezession im Euro-Raum - und damit auch in Österreich - ist nicht mehr auszuschließen. Auch der Internationale Währungsfonds bestätigt diesen Trend. Die Wachstumsprognose der österreichischen Wirtschaft für 2009 wurde in der jüngsten Prognose des WIFO auf 0,8% gesenkt.

Die Auswirkungen dieses Konjunkturabschwungs manifestieren sich in Österreich insbesondere in einem Rückgang der Investitionen, einer schwachen Konsumnachfrage und damit einhergehend in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Um diesem negativen Trend entgegen zu steuern braucht es rasche Maßnahmen, die sofort wirken.

Erstens sind rasche und auf die Konjunktur unmittelbar wirksame Maßnahmen im Bereich der Investitionen gefordert. Viele Investitionen - beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr - sind bereits baufertig geplant und können rasch umgesetzt werden. Ein weiterer Ansatzpunkt zur Gegensteuerung sind verstärkte Investitionen in den Klimaschutz, etwa in die arbeitsintensive thermische Gebäudesanierung. Von Investitionen in thermische Gebäudesanierung gehen erwiesenermaßen die höchsten Beschäftigungseffekte im Vergleich zum Mitteleinsatz aus¹.

Die Mittel der Wohnbauförderung dürfen ausschließlich für Wohnbau verwendet werden. Der Fokus muss auf die thermische Sanierung gelegt werden. Das bestätigt auch das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO².

Zudem braucht es einen Masterplan zum Ausstieg aus Öl und Gas. Die Förderung von erneuerbaren Energien macht doppelt Sinn. Sie sichert mittelfristig eine leistbare Energieversorgung und ist ein Investitions- und damit Konjunkturmotor. Beispiel Ersatz fossil befeuerter Heizungen: Ein groß angelegtes Kesseltauschprogramm von alten Ölheizkesseln zu modernen Pelletsheizkesseln in Kombination mit Solarenergie fördert den nachhaltigen Ausstieg aus Öl und Gas und wirkt sehr beschäftigungsintensiv, da viele österreichische Unternehmen in diesem innovativen Marktsegment tätig sind, auch die Brennstoffaufbringung im Inland

¹ Vgl. Czerny, Kratena, Köppl, Weingärtler (2002 und 2007): Makroökonomische Wirkungen energiesparender Sanierungsinvestitionen im Wohnbau, Studie des WIFO im Auftrag der Gemeinschaft Dämmstoff Industrie (GDI) sowie Czerny, Weingärtler (2007): Wohnbau und Wohnhaussanierung als Konjunkturmotor. Studie des WIFO im Auftrag des BMWA.

² Vgl. Aigner, Handler, Schratzenstaller, Tichy (2008) Ziele und Optionen der Steuerreform – Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz.

erfolgt und damit entsprechend Wertschöpfung absichert und damit Arbeitsplätze in den Regionen schafft. Zusätzlich verringern sich die notwendigen Importmengen fossiler Energieträger und damit ein finanzieller Mittelabfluss aus Österreich.

Zweitens müssen Städte und Gemeinden aus den Zwängen des innerösterreichischen Stabilitätspaktes befreit werden. Bei Infrastrukturausgaben sind Gemeinden und Gemeindeverbände die wichtigsten Investoren. Deren Investitionen sind zuletzt zurück gegangen. Die Befreiung vom innerösterreichischen Stabilitätspakt schafft Handlungsspielraum und ist Voraussetzung für merkliche Investitionsschübe.

Drittens hat angesichts der negativen Auswirkungen des schwachen Konsums auf die wirtschaftliche Entwicklung die Entlastung vor allem der unteren Einkommen über die bisher von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus oberste Priorität. Zur Belebung des privaten Konsums ist eine sofortige – d.h. per 1.1.2009 – Entlastung der unteren Einkommen im Ausmaß von 1 Mrd. Euro unerlässlich, entweder über die Erhöhung der Negativsteuer oder eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. Auch das WIFO fordert eine Erhöhung der Kaufkraft der privaten Haushalte durch Reformen bei den Sozialversicherungsbeiträgen².

Die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung und eines gesetzlichen Mindestlohns führt zu einer Stärkung der Finanzkraft im unteren Segment und ist damit unmittelbar konjunkturfördernd.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage für die Umsetzung folgender Maßnahmen vorzulegen bzw. die entsprechenden Initiativen auf europäischer Ebene voranzutreiben:

I. Investitionsmaßnahmen

I.1 Gebäude-Sanierungsoffensive

Die thermische Sanierung von Gebäuden hat erwiesenermaßen die höchsten direkten und indirekten Beschäftigungseffekte gemessen am Investitionseinsatz. Bund, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Rechtsträger müssen durch eine Sanierungsoffensive im Öffentlichen Bereich mit gutem Beispiel vorangehen, die Wohnbaufördermittel müssen stärker vom Neubau zu Sanierungen umgeschichtet werden, die Sanierungsrate im Altbau von derzeit 1% auf mind. 3% rasch angehoben werden.

I.2 Kesseltauschprogramm

Der groß angelegte Kesseltausch von Öl kessel durch Pelletskessel fördert den Ausstieg aus Öl und Gas und wirkt beschäftigungsintensiv, da viele österreichische Unternehmen in diesem high-tech Segment aktiv sind.

I.3 Investitionen in öffentlichen Nahverkehr (baureife Projekte)

Das WIFO bestätigt, dass Investitionen in öffentliche Nahverkehrsausbauten beschäftigungswirksamer sind als jene in Großprojekte. Baureife Projekte liegen etwa in den Räumen Linz, Salzburg, Innsbruck und Graz vor und sollen rasch umgesetzt werden.

I.4 Breitbandoffensive

Die Förderung von Breitbandinternet-Infrastruktur schafft langfristig verstärkte Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben vor allem im ländlichen Raum. Kurzfristig gehen von dieser Infrastrukturoffensive beschäftigungswirksame Effekte aus.

II. Städte und Gemeinden von den Zwängen des Stabilitätspaktes befreien

Bei Infrastrukturausgaben sind Gemeinden und Gemeindeverbände die wichtigsten Investoren. Deren Investitionen sind zuletzt stark zurückgegangen. Eine Befreiung vom Korsett des innerösterreichischen Stabilitätspaktes schafft Handlungsspielraum und ist Voraussetzung für merkliche Investitionsschübe.

III. Steuer-/Abgabenentlastung zur Stützung der inländischen Nachfrage

III.1 Steuer- und Abgabenreform ab 1.1. 2009

Jene Teile der Steuerreform, die den unteren Einkommen zugute kommen, sollen rasch vorgezogen werden. Neben einer Senkung der Lohnsteuer in diesem Bereich wirkt vor allem die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge rasch und unmittelbar kaufkraftstärkend. Dies kann vor allem durch die Einführung eines entsprechenden Freibetragssystems gelingen. Für diese Maßnahme ist ein Entlastungsvolumen von bis zu einer Mrd. Euro vorzusehen.

III.2 Abschaffung Kreditgebühr

Die Abschaffung der Kreditgebühr wirkt unmittelbar und entlastet die KreditnehmerInnen mit ca. 150 Mio. Euro

IV. Einführung Grundsicherung und gesetzlicher Mindestlohn

Diese Maßnahmen stärken die Finanzkraft im unteren Segment und wirken damit unmittelbar konjunkturfördernd.

V. Maßnahmen auf europäischer Ebene

V.1 Rasche Umsetzung eines EU-weiten Konjunkturprogramms

Speziell die großen Industrienationen können durch rasches und akkordiertes Vorgehen die positiven nachfrageseitigen Effekte vervielfachen.

V.2 Weitere Senkungen der Leitzinsen durch die EZB, die damit ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahrnimmt.

Senkungen der Leitzinsen sind möglich, weil die jüngsten Prognosen auf einen Rückgang der Inflation hindeuten. Die Inflationsraten werden 2009 deutlich niedriger sein als heuer.

V.3 Aussetzung oder entsprechende Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Die Aussetzung oder eine entsprechende Interpretation der Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft dringend geboten. Einer drohenden Rezession kann nur durch eine antizyklische Fiskalpolitik begegnet werden. Außergewöhnliche Situationen erfordern auch fiskalpolitisch außergewöhnliche Schritte.“